

Politischer Druck notwendig

LINKE solidarisch mit in Erfurt „gestrandeten“ jungen Spanierinnen und Spaniern

Die ehemalige Bezirksparteischule der SED in Erfurt – was bei einigen vielleicht nostalgische Erinnerungen wecken mag... – ist der derzeitige Wohnort von circa 40 jungen Spanierinnen und Spaniern, die unter falschen Voraussetzungen nach Thüringen gelockt wurden.

Sie sind Teil einer größeren Gruppe von knapp 130 Personen, die sich auf die Versprechen der privaten Arbeitsvermittlungsfirma X-Job verließen. Das Versprechen: Eine komplette Ausbildung zu guten Konditionen, Reisekostenersatz und Deutschkurse. Das alles unterstützt vom deutschen Staat mit dem Sonderprogramm jobofmylife. Zwei Wochen nach ihrer Ankunft sah die Situation der meisten jedoch ganz anders aus. Keine Verträge, oftmals keine Deutschkurse, das mitgebrachte Startkapital ist fast aufgebraucht. In ihrer Verzweiflung wenden sie sich an spanische Medien, auch die Thüringer Allgemeine berichtet kurz darauf.

Der Bericht scheint das zu bestätigen, was die LINKE im Thüringer Landtag schon länger kritisiert: Anstatt den jungen Menschen in Spanien und anderen krisengeschüttelten Ländern eine wirkliche Perspektive zu eröffnen, wird die Not der jungen Leute genutzt, um neue Konkurrenz innerhalb der jungen Generation zu schüren. Dabei zählt der oder die Einzelne am Ende nicht viel, der vielbeschworene Fachkräftemangel wird zur Rechtfertigung dafür, dass mit der Zukunft junger Menschen gespielt wird. Schnell ist klar, Solidarität ist notwendig und politischer Druck auf die Verantwortlichen. Noch am Tag des ersten Zei-

tungsberichts wird der Kontakt zu den Betroffenen hergestellt, dann ein erstes Gespräch von Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, und Karola Stange, Erfurter MdL und Sozialpolitikerin, vor Ort in der Parteischule. Wir dürfen auf Einladung auch die Räumlichkeiten besichtigen: 12-Bett-Zimmer im Keller dienen als Wohnräume der meisten,



bauliche und andere Sicherheitsstandards sind Mangelware. Schon der Weg dorthin (s. Foto) lässt einen gruseln. Ein halbkaputter Herd ist die einzige Kochmöglichkeit für die 40 jungen Menschen, auch die hygienischen Standards sind unzureichend.

Noch am selben Abend wird von der LINKEN im Erfurter Stadtrat die Situation thematisiert, Lösungen für eine menschenwürdige Unterbringung werden gefordert. Auch das Thüringer Wirtschaftsministerium befasst sich mit der Situation und verspricht Abhilfe. Eine Arbeitsgruppe wird gegründet. Schnelle Lösungen sollen gefunden

werden, Ausbildungsplätze müssen her – immerhin gehe es um den Ruf Thüringens in Europa, so heißt es immer wieder. Auffällig schnell engagiert sich der Thüringer Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), bietet Ausbildungsplätze an. Eine selbstlose Tat für die jungen Menschen? Fragen sind angebracht: Erschien doch im Mai 2013-Newsletter der DEHOGA Thüringen eine mehrseitige Annonce, die für Azubis aus dem europäischen Ausland warb. Kooperationspartner: die private Arbeitsvermittlung X-Job, auf deren Versprechen die Spanier vertraut hatten. Offensichtlich versucht die mitverantwortliche DEHOGA sich nun als Retter in der Not zu präsentieren.

Die LINKE geht im Wirtschaftsausschuss diesen Fragen weiter nach, nachdem jetzt das Wirtschaftsministerium auf eine Anfrage im Landtag keine aussagekräftige Antwort zu geben vermochte. Unser Ziel bleibt es, den politischen Druck weiter zu erhöhen, auch damit so etwas nie wieder vorkommt und ggf. auch eine strafrechtliche Abklärung der Vorgänge erfolgt. Zugleich geht es um praktische Solidarität im Hier und Jetzt: Unsere Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag steht in engem Kontakt mit den Gewerkschaften, die engagiert für die Rechte der Betroffenen streiten. Seit Mitte Oktober wird allabendlich im Erfurter DGB-Jugendbüro fillen für die jungen Spanierinnen und Spanier gekocht. An den Kosten hierfür und auch für andere Dinge wie den Erwerb von Hygieneartikeln beteiligt sich unsere Fraktion im Rahmen einer Spende über unseren Verein „Alternative 54“ mit 400 Euro.

Thomas Völker

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Der globale Veggieday

Was ist los in Deutschland nach der Wahl? Thüringens CDU-Ministerpräsidentin Lieberknecht preist das Modell ihrer freistaatlichen Chaos-Regierung für den Bund an wie Sauerbier. Sie zeigt zudem, dass sie gegen eines der zentralen politischen Projekte des potentiellen Partners SPD ist, den gesetzlichen Mindestlohn. Die 8,50 Euro, von der Sozialdemokratie gefordert, „passen vermutlich nicht überall“, so Lieberknecht. Und wenn die eines weiß, dann, wie die SPD klein zu halten ist. In Thüringen haben die SPDler sich für den Koalitionsfrieden gerade von ihrer Kernforderung Gebietsreform verabschiedet.

Im Bund macht man das sogar in vorseilendem Gehorsam. Die zweite zentrale Forderung der SPD, Steuererhöhungen für Besserverdienende, ist schon gestrichen. Parteichef Gabriel hat unterdessen bei einem Auftritt in Hessen – parallel zu dortigen Gesprächen von SPD, Grünen und Linkspartei zur Bildung einer Koalition – die Landtagsabgeordneten der LINKEN als „Irre“ bezeichnet.

Er weiß, er muss in Vorleistung gehen, wenn er unter Merkel Arbeitsminister werden will.

Nicht ohne Selbstironie zeigen sich unterdessen die sonst humorfreien Grünen. Die erheben als kleinste Bundestagsfraktion „Anspruch auf Oppositionsführung“. Wohl nicht zufällig dürfte man sich bei derlei Höhenflügen an den Dialog der Mäuse Pinky und Brain aus einem Cartoon erinnern fühlen, die täglich verabredeten, die Weltherrschaft an sich zu reißen.

Ähnliches dürfte die neu gewählte Grünen-Chefin Peter gemeint haben, die einen „Green New Deal“ bewirbt wie die Zeugen Jehovas ihren Glauben: weil „der Wirtschaft, Umwelt und Gerechtigkeit versöhnt“. Das klingt, als drohe dann die totale grüne Volksbeglückung – oder kurz gesagt: der globale Veggieday.

Arbeitsverweigerung der Regierungsparteien in den Ausschüssen

„Die Regierungsparteien im Thüringer Landtag verweigern die Arbeit“, kritisierten jetzt erneut Abgeordnete der LINKEN. So verwies Heidrun Sedlaczik auf die Sitzung des Ausschusses für Bau, Landesentwicklung und Verkehr am 9. Oktober, wo die Diskussion zur Bauordnung durch CDU und SPD von der Tagesordnung abgesetzt worden war.

Zur Erklärung der Vorsitzenden des Bau-Ausschusses, dass einzig die CDU die Diskussion über die Neufassung der Bauordnung verhindere, zeigte sich die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion verwundert: „Frau Dohr (SPD) hat im Ausschuss selbst die Absetzung des Tagesordnungspunktes auf Bitten der CDU-Fraktion unterstützt und eine Diskussion über die von LINKEN und Grünen vorgelegten Änderungsanträge verhindert.“

Auch die Absetzung des bei den Regierungsparteien unliebsamen Themas „Thüringer Bürgerbeauftragte/r“ im Petitionsausschuss am 10. Oktober wegen noch nicht erfolgter Abstimmungen könne nur als Ausrede gewertet werden. Der Gesetzentwurf liegt lange genug vor, die Anhörung war im

Frühsommer abgeschlossen. Die an den Tag gelegte Verweigerung der parlamentarischen Debatte bezeichnete die LINKE Politikerin als „einen neuen Tiefpunkt – wenn die Regierungsparteien so weiter machen, steht uns ein Jahr des Stillstands bevor“.

Ergebnislos verlief am 10. Oktober auch die Beratung des Bildungsausschusses zum Thema Bildungsfreistellungsgesetz. Dazu die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion Susanne Hennig: „Seit Monaten liegen im Bildungsausschuss zwei Gesetzentwürfe der Opposition und werden immer wieder vertagt, derjenige der Grünen schon seit zwei Jahren. Es wird immer offensichtlicher: CDU und SPD sind in zentralen Projekten ihres eigenen Koalitionsvertrages nicht in der Lage, sich zu einigen und etwas voran zu bringen. Der Stillstand regiert. Was da im Bildungsausschuss passiert, kann man nur als Arbeitsverweigerung beschreiben!“

Im Juni hatte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag den bereits mit den Tarifpartnern diskutierten Entwurf des Matschie-Ministeriums in den Landtag eingebracht, um Beratung und

Beschlussfassung in Gang zu bringen. Das Bildungsfreistellungsgesetz regelt, dass Arbeitnehmer zum Zwecke der Weiterbildung bis zu fünf Tage im Jahr bezahlt freigestellt werden müssen, wenn dem keine dringenden betrieblichen Erfordernisse entgegenstehen. Thüringen ist eines von vier Bundesländern in Deutschland, die noch nicht über solch ein Gesetz verfügen.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.